



# Nachrichten

## Unabhängige Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

**Liebe Leser,**

endlich ist es geschafft: Die dritte Ausgabe der UWG-Nachrichten liegt vor Ihnen. Nach der allgemeinen Sommerpause sind wir wieder mit frischer Kraft an die Arbeit gegangen. Dabei stellte sich für uns sofort ein gravierendes Problem: Die Schriftgröße in den UWG-Nachrichten. Nach mehreren Versuchen haben wir uns nun auf diese Schriftgröße geeinigt. Wir hoffen, daß diese Ausgabe gut lesbar ist. Sollte sie Ihnen nicht zusagen, rufen Sie uns einfach an. (43677) Genug der Vorrede:

<b>Folgendes haben wir Ihnen zu bieten:</b>	
Zum Flächennutzungsplan	1
Verkehrsprobleme Holhausen	3
Fernwärme in G. M. Hütte	4
A 33 Widerstand	5
Umweltausschuß	6
Bebauungspolitik	6
B 51 - Lärmschutz	7
Verkehrsberuhigung	8



Fachwerkhaus am Bardinghaushof: Ist der Abriß schon geplant?

# LANDSCHAFTSVERKAUF OHNE GRENZEN?

Hauptstreitpunkt der letzten Rats-sitzung war die geplante Fort-schreibung des G. M. Hütter Flächennutzungsplanes (FNP), die eine Verplanung von weiteren ca. 23 ha Grund und Boden ermöglichen soll (davon 13 ha für Wohnnutzung).

Seit der Stadtwerdung waren in G.M. Hütte bereits etwa 200 ha einer Bebauung zugeführt worden, was ca. 10% des Ackerlandes unserer Stadt entspricht. Während CDU und SPD für die FNP-Erweiterung sprachen, trat die UWG gegen eine Änderung in so großem Umfang ein. Denn: Nach einer Erhebung der UWG standen aus dem gültigen FNP noch 37 ha für neue Wohnbauflächen zur Verfügung. Sinnvoll wäre zu diesem Zeitpunkt eine Änderung des FNP nur dann gewesen, wenn man bestimmte Flächen heraus und andere dafür in den neuen FNP hineingenommen hätte.

Die UWG hat kein Verständnis dafür, daß CDU und SPD in trauter Gemein-samkeit die bisherige intensive Bautätigkeit fortsetzen wollen, obwohl deren negative Folgen immer deutlicher zutage treten. So kann die Düte bei stärkeren Niederschlägen das durch die vermehrte Bodenversiegelung anfallende Wasser nicht mehr schadlos abführen. Allein um das durch die übereilte Baupolitik der vergangenen Jahre zusätzlich anfallende Wasser auch im Notfall ausreichend regulieren zu können, muß östlich des Klöckner-stollens ein Rückhaltevolumen von 300.000 Kubikmetern geschaffen werden (Kosten ca. 20 Mio DM). Durch diese "Optimallösung" könnte aber im Falle eines Hochwassers (z. B. letztes Jahr auf Peter und Paul) die Überschwemmung der Dütewiesen nur um kaum feststellbare 15% ge-senkt werden.

Wir rühmen uns einer "Stadt im Grünen", aber es gibt im hiesigen Raum vermutlich keine Gemeinde, die stärker in die heimatische Land-schaft eingegriffen hat als Georgs-marienhütte.

Vermutlich muß aber die hier arg zur Ader gelassenen Landwirtschaft in den nächsten Jahrzehnten wieder stärker zur Selbstversorgung un-serer Bevölkerung beitragen, wenn den Ländern der 3. Welt, die uns heute noch ein Großteil unserer Nahrung und Viehfutter liefern, eine eigenständigere Entwicklung ermöglicht werden soll und die Transportkosten weiterhin so rapide ansteigen.

Dies alles ist für uns Grund genug, bewußt wenig in die uns verbliebene Landschaft einzugreifen. Die CDU hat vor der letzten Wahl versprochen, behutsamer mit der Na-tur umzugehen und endgültige Gren-zen zwischen Baugebieten und natür-licher Landschaft zu bestimmen. Hiervon kann bisher keine Rede sein. Auch bei der SPD bleibt unklar, was sie vor der Wahl mit "neue Wege in der Baupolitik" gemeint hat.

Dies war unser Vorschlag: 10 ha aus dem FNP herausnehmen (Teckelhagen, Im Brooke, östl. Eschweg) und 3 ha neu hineinnehmen (östl. Hohe Linde, Malbergen). Es blieben dann 16,5 ha zur Bebauung, die Hälfte davon wäre im städt. Besitz und nach folgender Kriterienliste zu vergeben: 1. So-zialschwache und Kinderreiche, 2. Normalverdiener, 3. G. M. Hütter Bürger bzw. hier Beschäftigte, 4. Bewerber, die noch nicht im Be-sitz von Wohneigentum sind. Neben etwa 70 Bewerbern über den freien Markt hätten so 80 Bewerber über die Kriterienliste sich Wohn-eigentum verschaffen können. Nach Auffassung der UWG wäre dies ein tragfähiger Kompromiß für den gesamten Rat gewesen, zumal, wenn CDU/SPD ihre selbstgesteckten Ziele ernstgenommen hätten.

Heinrich Bartelt

# DIESSEITS ODER JENSEITS DER GRENZE?

Die angesprochene 4. Änderung des Flächennutzungsplanes mußte auf parlamentarischen Schleichwegen die erste Hürde nehmen. Ohne diesen Punkt ordnungsgemäß auf die Tages-ordnung zu setzen, wollten ihn CDU-Spitze und Verwaltung am 23. Juni durch eine Planungsausschuß-Sonder-sitzung, Verwaltungsausschuß und anschließende Ratssitzung in weni-gen Stunden durchpeitschen. Dies scheiterte am Widerspruch der UWG. Später erfuhr die UWG, daß auch Ver-treter der anderen beiden Parteien davon nichts gewußt hatten. Trotzdem wurde die Forderung der UWG, das FNP-Gesamtwerk in der nächsten Planungsausschußsitzung ordnungsgemäß zu diskutieren, kurzerhand niedergestimmt. Die erniedrigenden Begleitumstände dieser Sitzung vermittelten den Eindruck, als sei man auf die ande-re Seite der deutschen Grenze ver-setzt, wo es üblich ist, daß nur eine Partei bestimmt.

Heinrich Bartelt

## Verkehrsprobleme Holzhausen

Obwohl neue große Wohngebiete zu schließen, sollte die Stadt Ge-orgsmarienhütte verstärkt den Aus-bau der Straßen in bereits bebauten Gebieten betreiben, z.B. im Ortsteil Holzhausen im Sutfeld. Da die Fortsetzung der Straße Am Sportplatz von der Ludwig-Wolker-Straße bis zum Loh nicht fertigge-stellt ist, wird der für die Arzt-praxis Kazemi vorgesehene Park-platz nicht angenommen. Der Park-platz kann erst fertiggestellt wer-den, wenn auch die Straße fertig ist. Vor der Praxis sollten nur be-grenzt Parkmöglichkeiten für be-hinderte Patienten ausgewiesen wer-den. Auf keinen Fall sollte die Freifläche vor den Häusern Ludwig-Wolker-Straße 19 und 21 als Park-platz ausgewiesen werden. Dort ist gelegentlich ein Schwertransporter abgestellt, was sich in diesem

Hosten Mündrup: Zwei Verkehrsini-tiativen haben sich gebildet: Einige Bürger setzen sich für die Anlegung einer Linksabbiegerspur auf der B 68 ein, um sicherer in die Holster Straße einbiegen zu können. Außerdem bemühen sich An-lieger des Friedensweges um eine Herabsetzung der Geschwindigkeits-grenze an ihrer schmalen, bebauten Straße (100 Km/h sind z. Zt. hier erlaubt).

Schülerbeförderung: Die Schulzen-tralisierung erfolgte mit dem Ver-sprechen, der Landkreis werde die Beförderungskosten übernehmen. Jetzt, in der Zeit der leeren Kas-sen, zählt diese Zusage plötzlich nicht mehr. Eltern und Schüler müssen die Last dieser nicht zuende-gedachten Politik tragen. Positiv: Wenigstens die Kinder, die in Hol-sten Mündrup die B 68 zur Schule nach Kloster Oesede überqueren müssen, dürfen den Schulbus vorerst kostenlos weiterbenutzen.

Mehrzweckhalle: Die Planung der re-präsentativen und stadthallenähn-lichen "Mehrzweckhalle" im Schul-zentrum wird von CDU und SPD vor-erst weiter befürwortet. Gerade in einer Zeit, wo alle öffentlichen Leistungen zusammengestrichen wer-den, kann der Bürger nach Meinung der UWG für solch einen Prunkbau kein Verständnis haben.

Wohngebiet sehr störend auswirkt. Vielmehr sollten die Anlieger, wie es bereits bei vielen anderen zur Auflage gemacht wurde, Einstell-plätze für Mieter und Besucher auf den Grundstücken schaffen. Der freie Platz vor den o.g. Häusern könnte höhenleich mit dem Bürger-steig asphaltiert und zur Fahrbahn hin mit Kettenpfählen abgesichert werden. Damit würde für Kinder eine geschützte Fläche für Roll-schuhfahren und Hüpfspiele geschaf-fen. Jetzt sind die Kinder ständig auf der Fahrbahn, was trotz des ge-ringen Verkehrs und vorsichtiger Fahrweise doch Gefahren in sich birgt. Das in diesem Wohngebiet eine Ge-schwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h festgesetzt wird, bleibt weiterhin allgemeine Forderung der Anlieger.

Angela Niemeyer

# Fernwärmeversorgung für einen Teilbereich von Georgsmarienhütte Fernwärme - Was ist das?

Das Fernwärmeversorgungssystem ist seit langer Zeit bekannt und wird in Ballungsgebieten der Industrie eingesetzt, um die anfallende industrielle Abwärme zu nutzen. Es gibt jedoch auch andere Wärmeerzeugungsarten für die Fernwärmeversorgung, sei es nun Gas, Erdöl oder Kohle. Eines haben alle Erzeugungsarten gemeinsam: Die Wärme wird zentral an einer Stelle erzeugt und in ein Versorgungsnetz abgegeben. Die Stadtwerke Bremen betreiben z.B. ein Heizkraftwerk in Vahr mit einem Anschlußwert von ca 175 GWh (Gigawattstunden). Dieses Heizkraftwerk ist seit 25 Jahren in Betrieb. Diese Angaben sollen nur als Größenvergleich zu der geplanten Anlage in der Stadt Georgsmarienhütte dienen, die mit ihrem Gesamtanschlußwert etwa 12 Gigawattstunden erreichen wird (Planungsstand).

Die Fernwärmeversorgung bringt nicht nur für den Anschlußnehmer Vorteile, sondern hierdurch wird ein Beitrag geleistet, um zu besseren Umweltbedingungen zu kommen. Bei entsprechender Ausnutzung des Netzes würden z.B. eine große Anzahl von Wärmeerzeugungsanlagen, welche die Umwelt durch ihre Emissionen belasten, entfallen. Eine Zusatzbelastung würde nicht entstehen, da die Abwärme bei den Klöckner-Werken durch ihre Kraftwerksanlagen für die Stahlproduktion ohnehin dampförmig anfällt und bisher in Kühltürmen kondensiert wurde. Nach dem derzeitigen Planungsstand soll die Hauptschließung über den Carl-Stahmer-Weg, Hochstraße, Hermannstraße und Breiter Weg im Osten sowie durch die Schützenstraße und Karlstraße im Westen erfolgen. Sicherlich wäre es zweckmäßig, das nahegelegene Baugebiet Hakenesfeld mit in die Planung einzubeziehen (in den nächsten 15 Jahren wird hier jedoch eine Nutzung der Fernwärme nicht möglich sein, dazu sind die

bestehenden Heizungsanlagen zu neuwertig und entsprechen z. T. dem Stand der Technik). Wichtig wäre in diesem Zusammenhang zu wissen, welche Abwärmemenge die Fa. Klöckner ganzjährig zur Verfügung stellen kann, ohne das erhebliche Auskopplungs- und Transportkosten entstehen. Auch ohne im einzelnen auf das Preisgefüge eingehen zu wollen, wird im Endausbau der Nutzwärmepreis dieser Fernwärmeversorgung unter denen von Erdöl und Erdgas liegen, denn zu den Nutzwärmepreisen bei Gas und Öl müssen noch die Stromkosten für die Einzelaggregate, Wartungs- und Instandhaltungskosten, Schornsteifegergebühren usw. hinzugerechnet werden. Über den Bezugspreis und den Baukostenzuschuss sollte nochmals verhandelt werden, da sich die Klöckner-Werke an den oberen Rand des z. T. bestehenden Bezugspreises gelegt haben. Jeder der im Einzugsgebiet der Fernwärmeversorgung wohnt, sollte sich beraten lassen, bevor er seine Heizungsanlage erneuern läßt, ob nicht der Anschluß an dieses Versorgungssystem für ihn kostengünstiger wäre.

Manfred König



**Unabhängige  
Wählergemeinschaft  
Georgsmarienhütte**

UWG - Nachrichten

Informationsblatt der Unabhängigen Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

Anschrift der Redaktion:

UWG - Nachrichten  
c/o J. Heinze  
Am Wiesenbach 14

4504 Georgsmarienhütte

Auflage: 10000

Namentlich bezeichnete Beiträge werden unbedingte die Meinung der Redaktion

Veröffentlichungsschluss: 18.9.1982

## A 33 Widerstand

Seit Anfang Juli dieses Jahres ist der Bau der A 33 wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Vor zwei Monaten nämlich besetzten ca. 20-30 junge Leute eine Wiese an der Waldhofstraße im Ortsteil Holsten-Mündrup, um damit gegen den Weiterbau der A 33 zu protestieren. Vorausgegangen war ein Beschluß des Oberverwaltungsgericht Lüneburg, nach dem mit vorbereiteten Baumaßnahmen begonnen werden darf, obwohl allein bis Hilter noch alle 12 Hauptverfahren bevorstehen.

Inzwischen hat sich an der Waldhofstraße einiges getan: Nachdem das Lager zuerst nur aus Zelten bestand,



Die große Rundhütte im A 33 Zeltendorf

wurde vor ca. einem Monat eine große Rundhütte auf der Wiese errichtet. Die Hütte ist mittlerweile das Zentrum der vielfältigen Aktivitäten der Autobahngegner geworden. Ihre wichtigste Aufgabe sehen die jungen Leute darin, eine konsequente Informationsarbeit in der Bevölkerung zu betreiben, die eine realistische Möglichkeit darstellt, den Weiterbau der A 33 noch zu verhindern. Zu diesem Zweck wird u.a. das "A 33 Extra-Blatt" herausgegeben, eine Informationszeitung, die bisher dreimal erschien und in den Orten

entlang der Autobahntrasse verteilt wird. Man kann die Zeitung auch im Zeltendorf erhalten. Ein Besuch dort ist sicher noch aus anderen Gründen lohnend: Informationstafeln sind aufgestellt, man kann mit den jungen Leuten diskutieren und durch seine Unterschrift gegen den Bau der unsinnigen Autobahn protestieren. Außerdem findet seit einiger Zeit an jedem Freitag ein Informationsabend für interessierte Bürger statt.

Da sich die UWG seit Beginn ihrer Arbeit gegen den Bau der A 33 ausgesprochen hat, verfolgt sie die Entwicklung des Zeltlagers mit großem Interesse. So kam dann auch das Thema Zeltendorf auf einer der letzten Mitgliederversammlungen zur Sprache. Die anwesenden Mitglieder begrüßten den gewaltfreien Widerstand der jungen Leute gegen die überflüssige Autobahn und sagten

ihnen ideelle und materielle Unterstützung zu. Bei einer spontanen Sammlung unter den Mitgliedern kamen über 150 DM zusammen, die dem Zeltendorf zur Verfügung gestellt wurden. Weiterhin fordert die UWG, den Bau der A 33 einzustellen. Das bereits fertiggestellte Stück soll an die B 68 angebunden werden. Als Ostumgehung für Osnabrück hat es für sich einen gewissen Sinn, wenn auch der vierspurige Ausbau unnötig ist.

Jürgen Heinze



Jutta Keil

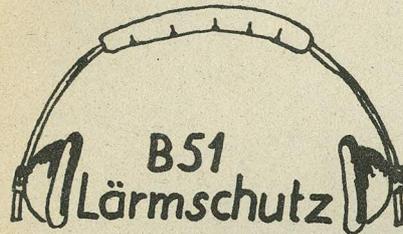
1. Ausarbeitung und Durchführung von Landschafts- und Grünordnungsplänen
2. Überprüfung bestehender Bebauungspläne unter der Frage des Umweltschutzes
3. Stellungnahme zur Aufstellung neuer Bebauungspläne
4. Kartierung oder Auflistung des Grüns im Stadtgebiet
5. Überprüfung der Jahresberichte über Immissionen
6. Grundsatzfrage der Müllentsorgung
7. Kartierung der Naturdenkmale
8. Gewässerschauen
9. Sauberhaltung der gemeindeeigenen Grundstücke und Straßentränder, aber auch Sauberhaltung privater Grundstücke
10. Lärm
11. Verkehr
12. Öffentlichkeitsarbeit zur Erweiterung des Umweltbewußtseins
13. Erstellung von Satzungen für Umweltschutz

Mit diesem Programm ist meines Erachtens ein erster Schritt in Richtung auf die Erhaltung unserer Lebenswerte Umwelt getan. Es bleibt zu hoffen, daß der Ausschuß ein Gegengewicht zu einer unbesonnenen Ausdehnung von Bau- und Gewerbeflächen schafft und so einem allgemein besseren Verstehen der Umwelt beiträgt.

mit Kapital die Natur und damit unseren Lebensraum zu zerstören? Sicher nicht! Aber die CDU machts möglich. Der Stadtrat wird von gewissen Herren in diese Richtung manövriert. Das Bewußtwerden dieser großen Fehler kommt aber meist zu spät.

Auch am Teckelhagen versucht die CDU-Fraktion trotz Abraten von Landschaftsplanern und Landschaftsschutzbeauftragten mit aller Gewalt ein neues Baugelände zu erschließen, das gar nicht benötigt wird, aber durch seine idyllische Lage kaufkräftige Interessenten anlocken soll. Beim Teckelhagen handelt es sich um ein Landschaftstypisches Hochtal, das zur Regenerierung und Sauerstoffanreicherung der Luft vor den großen Wohngebieten eine wichtige

Aufgabe hat. Es ist ein Randgebiet des G. M. Hütter Grüngürtels, das von den Bürgern zur Naherholung bevorzugt wird und unbedingt im jetzigen Zustand erhalten bleiben soll. Eine Bürgergemeinschaft stellte deshalb schon am 12.11.1981 einen Antrag, der fünf wichtige Argumente gegen die Bebauung enthielt. Dieser Antrag wurde von den Christdemokraten abgelehnt, es erfolgte bis heute keine Stellungnahme. Ist das die Demokratie, die sich mit dem "C" schmückt?



Am 14. Juni d. J. veranstaltete die UWG einen Informationsabend zum Thema "Lärmschutz an der B 51". Der Einladung waren das Straßenbauamt, die Stadtverwaltung, Anlieger der B 51 und die Bürgerinitiative "Stadt im Grünen / Teutoburger Wald" gefolgt. Das Straßenbauamt berichtete vom jetzigen Stand des Umlegungsverfahrens:

- Die Linienfeststellung ist noch nicht exakt erfolgt.
- Das Bauamt hat ein ökologisches Gewicht in Auftrag gegeben.
- Die Verlegung hat nicht mehr die Dringlichkeitsstufe 1a; es ist eine Rückstufung erfolgt, d.h. daß vor 1990 nicht mit dem Baubeginn zu rechnen ist.

Die Anwohner berichteten, daß der Lärm trotz Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h noch sehr hoch sei, evtl. sogar zugenommen habe. Das Straßenbauamt ermittelte bei Lärmberechnungen (Lärmmessungen sind nicht mehr zulässig) Werte von 70 dB(A) tagsüber und 63 dB(A) nachts. Diese Werte liegen unter den vorgesehenen Werten für das neue Verkehrslärmschutzgesetz. Im Klartext: Die Anwohner haben keinen rechtlichen Anspruch von Seiten des Bundes in Sachen Lärmschutz. Anwe-

Dem Normalverbraucher nimmt man jede Chance, ein eigenes Häuschen zu erstellen. Quadratmeterpreise von 125 DM und mehr lassen dies einfach nicht mehr zu. Die CDU schaltet lieber noch sogenannte Erschließungsgesellschaften ein, die noch den Rahm abschöpfen. Unsere Stadtväter sollten sich endlich einmal in der Lage zeigen, Baugelände zu akzeptablen Preisen in zentraler Lage für die Bürger unserer Stadt auszuweisen.

Helmut Westerbusch

sende Anlieger, die ihr Haus mit speziellen Lärmschutzfenstern ausgerüstet haben, berichteten von guten Erfolgen. Die UWG fragte die Stadtverwaltung, ob die Stadt nicht Schutzverpflichtungen gegenüber den Anliegern habe. Die Stadtverwaltung antwortete, rein rechtlich bestünden keine Verpflichtungen; es sei aber denkbar, daß die Stadt freiwillig hilft, nur sei es schwierig einen gerechten Verteilerschlüssel für alle lärmgeplagten Städter zu finden, ganz abgesehen davon, daß z. Zt. nichts zum Verteilen da sei.

Fazit: Die UWG hat Verständnis für die Anlieger der B 51, die all ihre Hoffnung auf die Verlegung setzen, denn der Planungsprozess läuft, wenn auch verlangsamt, weiter. Allerdings:

- Die UWG bezweifelt aus verschiedenen Gründen, ob die Verlegung überhaupt eine effektive Lärmschutzmaßnahme darstellt, und sie rät, ob Verlegung oder nicht, zu schallsichereren Fenstern. (Man kann vermuten, daß allein die jahrelangen Planungen mehr kosten, als Zuschüsse zu Lärmschutzmaßnahmen! Der Bau wird mehr als 100 Millionen DM kosten! Was für eine verworrene, ja verrückte Politik!)
- Lärmschutz ist möglich! Die UWG wird ihre Einflußmöglichkeiten nutzen, um auf Zuschüsse seitens der Stadt zu drängen.
- Nach dem bisherigen Stand der Dinge müssen sich die Anwohner noch mindestens 10 Jahre mit den derzeit geltenden Verkehrsverhältnissen auf der B 51 abfinden.

Nach den Kommunalwahlen im Herbst 1981 übernahm ich aus Interesse und in Abstimmung mit den übrigen UWG-Ratsmitgliedern die Mitarbeit in den Ausschüssen:

- Jugend und Sport
- Schule
- Umweltschutz

Besonders schwierig gestaltete sich zunächst die Zusammenarbeit im neu gegründeten Umweltausschuß, da hier bisher keinerlei Erfahrungen aus früheren Zeiten vorlagen. Es gab einige rege geführte Grundsatzdiskussionen. Ende Mai 87 einigte sich der Ausschuß auf einen Aufgabenkatalog, der auch für die UWG einen tragfähigen Kompromiß darstellt. Der Katalog ist so angelegt, das Ergänzungen jederzeit möglich sind:

### Statt Naturschutz Zerstörung!

Mit dem Bekenntnis auf den Lippen, für Umweltschutz und Naturerhaltung zu kämpfen, handelt man in der Realität genau andersherum. Dieses trifft in erster Linie auf das Gros der CDU-Ratsherren in G. M. - Hütte zu.

Der Grüngürtel, der um G. M. Hütte liegt und dessen man sich rühmt, die "Stadt im Grünen" zu sein, wird sinnlos zerstört. Man will gar nicht das ökologische Gleichgewicht und damit die Lebensqualität erhalten. So kann man mit großem Geldbeutel wie einige Direktoren der Firma Klöckner mitten im Wald an einem Bergkamm neue Häuser bauen, weil ja das alte nicht so attraktiv liegt. Ist es der Wille unserer Bürger,



## ... lebende Kinder

Sicherlich genügen Hinweise nicht immer, sie können aber in mancher Hinsicht sensibilisieren. Darum sei noch auf folgendes aufmerksam gemacht:

1. Kraftfahrer müssen in Wohngebieten mit spielenden Kindern rechnen, denn nicht jeder Kraftfahrer ist sich ständig der potentiellen Gefahren - auch einer Geschwindigkeit von 50 Km/h - bewußt. Und auch die beste Technik, das schnellste Reaktionsvermögen kann Naturgesetze, wie sie nun einmal am Kraftfahrzeug wirken, bestenfalls in ihren Auswirkungen mildern.
2. Kinder müssen Raum zur optischen Orientierung haben. Sie erleben das Verkehrsgeschehen nicht aus der Sicht eines Erwachsenen.
3. Ausreichender und sicherer Bewegungsraum ist nötig für Kinder und ältere Menschen. Der kann durch geringere Geschwindigkeiten geschaffen werden. Darüberhinaus sind Kinder nicht in der Lage, Geschwindigkeiten auch nur annähernd richtig einzuschätzen. Nicht das Kind muß auf den Verkehr "dressiert" werden, um zu überleben, sondern der Erwachsene muß in seiner Fahrweise die Unberechenbarkeit des Kindes einkalkulieren und sein Fahrverhalten darauf einstellen.
4. Kinderspiele lassen sich auf der Fahrbahn nicht verhindern, weil Kinder nicht erkennen können, daß der Aufenthalt gefährlich ist. Sie spielen gerade in Wohngebieten vorwiegend auf der Straße, weil eben nicht für alle Spiele, die Kinder tatsächlich interessieren, Spielplätze zur Verfügung stehen. Und Hinweise darauf, daß die Straße kein Spielplatz ist, sind Kindern gegenüber fruchtlos, und zwar auch dann, wenn Spielplätze vorhanden sind.

Bereits 1980 wurde der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages von Sachverständigen zum Thema "Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr" befragt. Denn: Unter den Staaten mit etwa vergleichbarer Verkehrsdichte steht die Bundesrepublik in Sachen Kinderverkehrsunfällen an einsamer Spitze.

Kinder und Jugendliche, die als Fußgänger und Fahrradfahrer am Straßenverkehr teilnehmen, sind hierzulande weitaus mehr gefährdet als zum Beispiel Kinder in Italien oder in den Vereinigten Staaten.

Auf diesen Umstand wies auch Bundespräsident Prof. Carstens in seiner Eröffnungsansprache zum 20. Deutschen Verkehrsgerichtstag nachdrücklich hin. So verunglückten in der Bundesrepublik fünfmal so viele Kinder wie in Italien und dreimal so viele wie in den USA. Derartige Vergleiche sind bedrückend. Und die schon seit einigen Jahren bestehende Forderung, den Verkehr den Bedürfnissen der Kinder anzupassen kam auch auf dem 20. Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar nachhaltig zum Ausdruck. Hier wurde der "Wunsch" geäußert, daß die Stadtväter nach Meinung des Verkehrsgerichtstages diesem Bedürfnis nicht nur durch Aufstellen von Schildern nachkommen sollten, sondern sich diese Angelegenheit ganz besonders durch bauliche Ausgestaltung zu Herzen nehmen müssen.

60-70 % aller Verkehrsunfälle mit Kindern ereignen sich in unmittelbarer Nähe des Elternhauses. Dieses Phänomen findet seine Erklärung nach Prof. Streckers, Reutlingen, in dem sogenannten "Nestsyndrom". Eine wissenschaftliche Untersuchung Prof. Streckers ergab: "Je näher sich die Kinder bei der elterlichen Wohnung befinden, desto geringer ist ihre Bereitschaft, eigenverantwortlich dem Straßenverkehr gegenüberzutreten. Sie delegieren quasi ihre Verantwortung an die Eltern, obwohl diese oft weit entfernt sind. Das Elternhaus wird als eine Art Nest empfunden."

Seine Forderung hieraus: Geschwindigkeitsbegrenzungen in Form von "Schikanen" für den Fahrzeugverkehr in Wohnbereichen.

Schließlich stellt auch der Bundesverkehrsminister fest, daß die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle in den Städten und Gemeinden der Bundesrepublik halbiert werden kann, wenn die Höchstgeschwindigkeit in Wohngebieten auf 30 km/h herabgesetzt wird. Allerdings betont er auch in seinem Unfallverhütungsbericht 1981, daß eine solche Maßnahme nicht allein mit dem Aufstellen von Schildern durchgesetzt werden könne. Vielmehr seien Initiativen der Anwohner und der Kommunen notwendig.

Und nicht zuletzt dürfte ein Ergebnis der Universalität Genabrück interessant sein: Eine Analyse von Kinderbildern hat gezeigt, daß bis zu zehnjährige Kinder Rechts- und Linksverkehr durcheinanderbringen und Gegenverkehr so gut wie gar nicht begreifen.

Und letztendlich kann leider immer wieder festgestellt werden, das Verkehrszeichen allein, die dem motorisierten Verkehrsteilnehmer Beschränkungen auferlegen, leider nicht im erforderlichen Umfang den gewünschten freiwilligen Zwang wachrufen.

Wolfgang Röpke

- P.S. Der Bürgerausschuß Hardeberg/Kiwittzshöhe, dem Herr Röpke angehört, hat den Fraktionen des Georgsmarienhütter Stadtrates inzwischen ein Konzept für Verkehrsberuhigung in diesem Bereich vorgelegt.



**Unabhängige  
Wählergemeinschaft  
Georgsmarienhütte**